

# Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Tages-Beilage des Blattes beträgt in Stadt und Land 500.000 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 500.00, in den Postgebieten überhaupt Mark 570.00 monatlich. Die Abbestellenden sind zu bezahlen im Voraus. Im ausserordentlichen Verfall ist 50.00. Nachfragen an den Verleger, Halle, Markt 80.00, im Einzelverkauf Mark 80.00 in ausserordentlichen Verfall. Preisigen-Verfall: zehn Tage vorzeitig.

## Abgeben von der Sanctionspolitik?

Bedenken in Paris gegen die Ruhrbesetzung / Die Industrie stellt sich Cuno zur Verfügung / Günstliche Erhöhung der Hypothekenzinsen / 44 % Beamtenaufbesserung.

### „Nur wirtschaftliche Massnahmen“

Paris, 14. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Am gestrigen Ministerialtag Poincaré's Bericht über die Londoner Konferenz. Die offizielle Mitteilung sagt nichts über die Debatte, die sich den Erklärungen anschloß. Die Meldung, wonach Poincaré am nächsten Freitag eine Erklärung über die Londoner Konferenz in der Kammer abgeben werde, bedarf einer Berichtigung. Diese Erklärung wird nicht bei der Besprechung des Budgets für die nächsten Angelegenheiten, sondern bei der Interpellationsdebatte erfolgen, die jeden Freitag in der Kammer stattfindet. Es ist wahrscheinlich, daß Poincaré nicht in Verantwortung einer in der Kammer eingebrachten Interpellation seine Erklärungen abgeben wird, sondern unabhängig, da sonst ein Vertrauensmission abgegeben werden müßte. Die Regierung will aber eine Zustimmung erreichen, weil die Londoner Konferenz in ihren Augen nicht als ein richtiges Resultat angesehen wird, sondern als eine Etappe in den Verhandlungen mit den Alliierten am 2. Januar. Nach Mitteilungen, die in den Wandblättern des Sonntags verbreitet wurden, beruht in der Senatssession für auswärtige Angelegenheiten Einmütigkeit darüber, daß zunächst eine Verständigung mit den Alliierten gesucht werden müsse. Nur für den Fall, daß eine Verständigung sich als unmöglich erweist, soll zu einer weiteren Befestigung des Ruhrgebietes hin einer materiellen Ausbeutung des besetzten Gebietes geschritten werden. In französischen öffentlichen Kreisen betont man, daß Frankreich nur an Massnahmen wirtschaftlichen Charakters im Ruhrgebiet denkt und daß diese Massnahmen ohne jedes militärische Vorgehen getroffen werden können. Es handelt sich um Massnahmen in der Gegenwart der Ruhr, wie in wiederholt von französischen Politikern zur Ausübung eines Druckes auf die deutsche Schwerkindustrie empfohlen wurden.

### Clemenceau gegen Besetzung der Ruhr.

Paris, 14. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Clemenceau gab der Hoffnung Ausdruck, daß Frankreich und England sich über eine vernünftige Summe einigen, die Deutschland zahlen kann. Es wäre für Frankreich das Ungünstigste, was es habe, noch weitere Feindseligkeiten zu unternehmen und auf diese Weise innerhalb eines Jahres fünfzig Millionen zu zahlen. Clemenceau äußerte sich mehrfach: Ich bin gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Er fügte auch hinzu, daß die Besetzung, er sei nicht so verächtlich, eine Wiederholung der Ereignisse von Eisch-Lothringen herbeiführen.

### Die Keplo dringt auf neue deutsche Vorschläge.

Paris, 14. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Dem Ratstaggenratige beabsichtigt die Reparationskommission, in Berlin eine Commission vorzunehmen, um die Fertigstellung des neuen deutschen Planes zu beschleunigen.

### Die Industrie zur Arbeit bereit.

Berlin, 14. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern ist der Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Dr. Sorge, beim Reichsanwalt Dr. Cuno erschienen, um ihm zu erklären, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie nicht hinter der bekannten Entscheidung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ stehe, sondern gewillt sei, im Rahmen der im Briefe des Reichsanwalts an den englischen Ministerpräsidenten Bonar Law gemachten Vorschläge der Reichsregierung positiv mitzugreifen. Bei dieser Gelegenheit sei auch festgestellt, daß innerhalb der Deutschen Volkspartei, die gewillt ist, die Regierung in ihrer Absicht, eine einträgliche Lösung der Reparationsfrage herbeizuführen, zu unterstützen, über die Auslassungen des erwähnten Blattes harte Beschwerden beruht. In deutschösterreichischen Kreisen wird aufs entschiedenste betont, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ nicht als ein Organ der Deutschen Sozialpartei zu betrachten ist.

### Belgische Regierung's Brief.

Paris, 14. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Nach einer frühlicher Meldung des „Reits Pariser“ steht eine Ministerreise in Belgien auf Grund des Projektes der Abstimmung der Unionsverträge am unmittelbar bevor. Poincaré, der sich nicht gewillt ist, das diesbezügliche Gesez in unterzeichnet, hat heute eine Unterredung mit dem Könige. Es ist aber immerhin möglich, daß die Kräfte vernichten wird.

Paris, 14. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Die liberale „Aube-Beilage“ ist der Ansicht, daß die deutschen Vorschläge das einzige praktische Ergebnis der Verhandlungen sind. Die belgische „Aube-Beilage“ findet diese Vorschläge sehr richtig. In einigen Kreisen wird die Meinung ausgesprochen, die Politik Poincaré's ist eine Gefahr nicht nur für Deutschland, sondern auch für ganz Europa und insbesondere für Belgien. Im englischen Reichstag fragte der Sozialist im Cabinet Lord Birkenhead, ob die Regierung sich endlich an der Ausübung von Paris beteiligen und sich „kompromittieren“ müsse. Er betont, daß die französische Regierung ohne Hilfe nicht viel Steuern erheben könne, wie die englische das tue. Wenn Deutschland nicht bezahle, so würde die britische Regierung gut tun, sich nicht an der Ausübung von Paris beteiligen oder an keiner anderen Finanzhandlung Deutschlands gegenüber teilzunehmen. Dem Schluß fügte er die Politik des Reichs in der Reparationsfrage. Der „Reits“ erwähnt über Poincaré's Brief: England verzichtet auf seine Schritte gegenüber Frankreich und Italien. Frankreich und Italien bezogen ihre Absicht auf ihre Absicht gegenüber der Schiedskommission. Zugelassen wird jedoch. Die englische Regierung gegenüber Frankreich, die Amerika gegenüber England abgibt. Der ehemalige Schiedsrichter Ameron's Absicht die Alliierten gegenüber einzig waren, sowohl mit Amerika als mit Deutschland, sollen gemeinsame Verhandlungen eingeleitet werden.

Der Ministerialbescheid „Wollager“ bestätigt, daß Poincaré den Franzosen höchstens wirtschaftliche, aber keine territorialen Garantien angeboten werde. Nach einer weiteren Meldung kommt die amerikanische Zeitung eine Besetzung des Ruhrgebietes für unmöglich, nicht nur aus der politischen Erwägung heraus, daß die Besetzung eine neue schwere Bedrohung des Weltfriedens bedeuten würde, sondern auch, weil man sich praktisch-finanziell keinen Nutzen davon verspricht.

### Zuschläge zu den Hypothekenzinsen?

#### Preussische Vorschläge.

Wie wir von parlamentarischer Seite erfahren, ist es nicht ausgeschlossen, daß in der nächsten Zeit eine Vorlage ausgearbeitet wird, die für den gesamten Mittelstand von allergrößter Bedeutung sein würde. Diese Vorlage soll eine Erhöhung der Hypothekenzinsen vorsehen. Man ist der Meinung, daß es nicht angeht, die Zinsenhöhe statt an den Papiermarkfuß zu halten. Wichtig ist wie das Reichsministerium geäußert Zuschläge auf die Mieten vorsehen, sollen auch die Hypothekenzinsen gewisse Zuschläge erhalten. Der Gedanke ist nur einiger Zeit im preussischen Staatsministerium entstanden; es verlautet, daß eine in Preußen entstandene Vorlage bereits im Reichsministerium eingeleitet.

### 44 Proz. Aufbesserung der Beamtengehälter.

Berlin, 14. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Gestern haben im Reichsfinanzministerium Verhandlungen mit den zuständigen Verbänden der Beamten und Angestellten über die Angelegenheit der Besoldungsänderung an den 1. Januar der nächsten stattgefunden. Es wurde eine Einigung erzielt, die eine Erhöhung der durchschnittlichen Besoldungsbezüge gegenüber der durchschnittlichen Besoldung von etwa 44 Prozent eintrifft. Die Besoldungsänderung wird voraussichtlich am Donnerstag über diese Regelung Beschluß fassen. Die Auszahlung der erhöhten Bezüge soll möglichst noch vor Weihnachten erfolgen.

### Das Arbeitszeitgesetz.

#### Stellung des Reichswirtschaftsrates.

Berlin, 13. Debr. An Stelle des wegen Krankheit zurückgetretenen Adolf Cohen wird der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes E. Bartsch zum ersten stellvertretenden gewählt. Das Gremium betreffend den Deutschen Landwirts- und Gewerkschaften, das als ein Arbeitsgemeinschaftsorgan zum 1. Januar der nächsten in die Arbeit tritt, in dem auch die Arbeitnehmer beschäftigt werden sollen. Es folgte darauf die gemeinsame Beratung der Gewerkschaften über die Arbeitszeitgesetzgebung und über die Arbeitszeit der Angestellten. Der Sozialistische Ausschuss hat sich einverstanden mit den Vorschlägen erklärt und sein Gutachten mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen. Danach wird im allgemeinen die 48-Stunden-Woche ausschließlich für die Frauen

gesetzlich festgelegt. Ueberarbeit kann, wenn eine vertragliche Vereinbarung nicht zustande kommt, von der zuständigen Schlichtungsbehörde bestimmt werden, in besonderen Fällen kann das Reichsministerium ein besonderes Schlichtungsamt einrichten. In der Generalkonferenz erklärte zunächst Max Cohen, er sei ein grundsätzlicher Gegner des Arbeitszeitgesetzes in der bisherigen Form. Die Verlängerung der Arbeitszeit sei zwar nicht das einzige Mittel, aber das am schädlichsten sei, um die Produktion durch Besetzung der Arbeitszeit aus der Einsicht der Arbeiter in die Not der Zeit heraus zu kommen. (Beif.) Dr. Haberbrunner (Arbeitgeber der Industrie) wies darauf hin, daß das Mittel einer Besetzung der Arbeitszeit nicht einseitig werden könne. Die Abklärung i. S. (Schnitte) habe bisher eine Resolution eingebracht, die

#### Die kulturelle Bedeutung des Schlichtungsorgans

unabhängig anerkennt, aber die Ansicht ausdrückt, daß eine förmliche Verhandlung nicht in Uebereinstimmung mit der Notwendigkeit steht, die Produktion wieder in die Höhe zu bringen. Sartorius (Arbeiter) wies auf die Bedeutung und die geistigen Vorteile hin zugrunde gerichtet, wenn man bei der Besetzung durch Besetzung der Arbeitszeit glaubt, die wirtschaftlichen Verhältnisse auf den Kopf stellen zu können. Ich habe an mich selbst von einem höheren Interesse der Arbeiter als ich gemerkt. Die Gewerkschaften hätten deshalb dafür sorgen, daß nicht alle diese Fragen durch gesetzliche Bestimmungen geregelt und damit ihrer Einwirkung entzogen werden; sonst hätte sie keine Wirkung, sondern mehr. Wilhelm Sedemann (Arbeitnehmervertreter des Handels) erklärte, daß die Einigung durch die Absicht der Arbeitgeber-

die belgische Regierung der Arbeitszeit vor die tatsächliche zu stellen und durch die bekannte Rede des Herrn Stinnes im Reichstagspolitischen Ausschuss. Die Abklärung wird freiwillig geschehen. In einem Arbeitnehmerversorger des Handels erklärte, daß sich beim gegenwärtigen Stand der Arbeitertage selbstständig durchzuführen liege eine Einigung der Verhandlungen über die Arbeitszeit. Ein Vertreter der Industrie betonte, daß die Einigung des arbeitenden Arbeitnehmers teilweise einseitige Produktionsänderung wieder ausgleichend sei. Nachfolgend die Produktion sogar gegenüber der Vorkriegszeit steigern. In einem Arbeitnehmerversorger der Industrie erklärte, daß das Zielsetzung nicht als von maßgebender Bedeutung angesehen werden könne; es komme vielmehr auf Autonomie und Geschicklichkeit an. Er betonte nicht, daß es Betriebe gebe, die überhaupt nicht arbeiten können, wie die Eisenwerke in der Industrie. Er erklärte, daß sie auf höchstens 70 bis 80 Prozent (Arbeitnehmer an Gewerkschaft) die Zentralarbeitsgemeinschaft kann den Standpunkt der Gewerkschaft nicht halten, daß die Arbeitgeber die Rechte haben, aber die Arbeiter auch, daß die Verhandlungen über die Arbeitszeit nicht nur der freie Uebereinstimmung beide Ausnahmen von der Einigung ermöglichen. Nach weiterer ununterbrochener Aussprache wird die Einigung des Gesezes am Donnerstag 10 1/2 Uhr verabschiedet. Arbeiter-Beziehungsstelle. Schluß um 4 Uhr.

### Zwischen London und Paris.

#### Die neue Grundlage.

„Es ist zweifellos, daß Poincaré darüber täuschen zu wollen, daß eine Verständigung einzig und allein an der französischen Forderung der Ruhrbesetzung gescheitert ist“, so gesteht der Leiter der belgischen Londoner Konferenz, Ministerpräsident Poincaré aber höchst zu wünschen, daß das Publikum weiter unangeführt bleibe, jedenfalls so lange, als die Geheimdiplomatie für die Vorbereitung der Pariser Konferenz arbeitet. Was er dem Präsidenten der Republik Bericht erstattet hatte, was natürlich strengstens Geheimnis Witternden blieb, veröffentlichte der Pressevertreter, das durch eine Uebersetzung in die andere fieseln, er habe in London mit keinem Menschen weder privat noch amtlich von der Besetzung des Ruhrgebietes gesprochen. Aber gerade dies war in London der springende Punkt! Um diesen Punkt drehen sich alle privaten und amtlichen Gespräche. In diesem Punkt scheiterte die Konferenz. Sie scheiterte, als Poincaré die Vorschläge der deutschen Regierung zu Gesicht bekam und dabei erkannte, daß Bonar Law, Mussolini und Dheunis zwar von Cuno'schen Plan aus, nicht als Lösung der Reparationsprobleme betrachten“, trotzdem aber mit der von Deutschland als selbstverständlich angenommenen Auszahlung des französischen Auslandnormals durchaus einverstanden waren. Da plägte die Bombe: Was beabsichtigt nun Poincaré? In London bestand er unter diplomatischer Berücksichtigung auf der Besetzung des Ruhrgebietes. In Paris will er, ebenfalls unter diplomatischer Berücksichtigung, auf einen neuen Grund zu aufbauen. Er weiß, daß es nur auf dem Wege eines Kompromisses zu erreichen sein wird. Während er bisher Frankreich forderte, vorwärts, überdies, möchte Poincaré es dahin bringen, daß das erlösende Wort von anderer Seite gesprochen werde, von England oder gar von Deutschland. Im Pariser Außenamt wird auch den sonst so stielmützlich behandelten deutschen Berichterstattern bsp. den von ihnen vorgelegten Pressefesseln erklärt, die Lage wäre sofort erleichtert, wenn Deutschland sich entschließen könnte, seinerseits ein „vernünftiges“ Programm vorzulegen. Die deutschen Vorschläge (die, nebenbei gesagt, nach Ansicht aller Kundigen schon erheblich über die deutsche Leistungsfähigkeit und auch über die Vorschläge der internationalen Finanzsachverständigen hinausgehen) müßten für die französischen Zwecke vollständig verändert werden. Sie müßten vor allem ausreichende Sicherheiten für die Durchführung des vorgeschlagenen Programms enthalten. ... Man sieht, die französische Regierung leidet immer wieder zu ihrer alten Liebe, den Garantien und Sanctionen zurück. Die neue Grundlage ist keine andere als die alte. Es ist die Gewaltpolitik und der Besetzungswahn. Der Zweck ist gestrichelt. Nur die Mittel sollen verifiziert werden. Neu an dieser Zwischenstufe, die von London nach Paris überleiten soll, ist nur die Frage, die jetzt in Paris auftaucht, nämlich, ob Poincaré die Verhandlungen mit den Verbündeten weiterführen soll oder ob er die'n Auftrag einem neuen Ministerpräsidenten überläßt.

Es herrscht also nicht mehr und nicht weniger als eine Rabinestriebe, und dies ist nach dem Londoner Mißerfolg gar nicht verwunderlich. Über diese Suppe muß noch tochen. Erst hat Poincaré dem Ministerrat zu beichten gehabt. Dann wird er - voraussichtlich am morgigen Freitag - vor die Kammer treten. Während er ein gemagtes Spiel treibt und dabei leicht schadmt werden kann, ist man in London wirklich drauf und dran, eine neue Grundlage für die nächste Konferenz zu schaffen. Zum ersten hat die englische Regierung, wie verlautet, durch Vermittlung von Londoner Finanzkräften in Berlin anfragen lassen, ob die belgischen Verbände, daß die deutsche Industrie eine gewisse Garantie, wobei nicht ganz klar liegt, ob eine immer noch eine Auslandsentlastung gemeint ist. Bonar Law sieht also hier fast alles auf dem Kopf stehen. Die bisherigen Cuno-Programme, und wenn Staatssekretär Bergmann von London zurückgekehrt ist, wird man deutlicher sehen. Zum zweiten hat Bonar Law, was in Paris wie ein Blitz eingeschlagen hat, Verhandlungen mit Washington begonnen. Man hört, daß Harding nun endlich zum Eingreifen in den Europakonflikt bereit ist. Am 27. Dezember beginnt sich die britische Kommission zur Regierung der internationalen Schulden nach Amerika. England hat die Rücknahme vornehmen und ist zur Politik der Schuldenerfüllung zurückgekehrt. Will man eine „neue Grundlage“, hier ist sie! Aber Poincaré wird sie wieder sabotieren wollen.

### Curzon warnt die Türken.

#### Dröhung mit dem Verlassen der Konferenz.

Luzerne, 14. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Als Vorsitzender der Kommission, die sich mit der Frage der Währungsreform befaßt, hatte Lord Curzon Gelegenheit, im Namen aller Alliierten den Türken eine gemäßigte Warnung wegen ihrer in dieser Frage geäußerten Haltung entgegenzusetzen. Curzon's geistige Vorklänge sind von dem amerikanischen Beobachter wohl und ganz unmissverständlich wahrnehmbar, wenn man den französischen, italienischen und belgischen Delegationen, so daß sie die Türken in einer ziemlich harten Stellung befinden. Jetzt wollen, das insofern, gelaut

ere  
ger Str.  
r. 1899  
ophon-  
bricate  
trieb  
aufzug.  
Wieder-  
usik- u.  
orträge.  
anzm.  
H. Helm.  
sien.  
renk  
omm  
is  
usw.  
usw.  
usw.  
bunt.  
aufle  
hern.  
ir Mar-  
B Mark.  
rik  
de 28.  
icht  
sch.  
33 pr.  
ine  
ulanz.  
r. 41.  
e  
ulanz.  
r. 41  
den  
auf

